



Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Wirtschaft und Medien,
Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und
Technologie**

Antrag der Staatsregierung
Drs. 17/16280

**Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Ver-
ordnung über das Landesentwicklungsprogramm
Bayern**

I. Beschlussempfehlung:

1. Zustimmung mit der Maßgabe, dass bei Erlass der Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern durch die Staatsregierung § 1 Nr. 3 Buchst. a wie folgt gefasst wird:
„a) In Satz 1 wird die Satznummerierung gestrichen und werden die Wörter ‚München, Nürnberg, Salzburg, Oberpfaffenhofen, Ingolstadt-Manching und Lechfeld‘ durch die Wörter ‚München, Salzburg und Lechfeld‘ ersetzt.“
2. Zustimmung mit der weiteren Maßgabe, dass bei Erlass der Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern durch die Staatsregierung die Anträge Drs. 17/13331, 17/17060, 17/17232, 17/17233, 17/17234, 17/17235 in der Fassung der Beschlussempfehlungen Berücksichtigung finden.

Berichterstatter: **Walter Nussel**
Mitberichterstatterin: **Annette Karl**

II. Bericht:

1. Die Verordnung wurde dem Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen, der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz haben die Verordnung mitberaten. Der Ausschuss für Verfassung,

Recht und Parlamentsfragen hat die Verordnung endberaten.

2. Der federführende Ausschuss hat die Verordnung in seiner 66., 67. und 68. Sitzung am 11. Mai 2017, 1. Juni 2017 und 22. Juni 2017 beraten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung

SPD: Ablehnung

FREIE WÄHLER: Ablehnung

B90/GRÜ: Ablehnung

mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat die Verordnung in seiner 63. Sitzung am 11. Juli 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung

SPD: Ablehnung

FREIE WÄHLER: Ablehnung

B90/GRÜ: Ablehnung

der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

4. Der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz hat die Verordnung in seiner 73. Sitzung am 13. Juli 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung

SPD: Ablehnung

FREIE WÄHLER: Ablehnung

B90/GRÜ: Ablehnung

der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

5. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat die Verordnung in seiner 78. Sitzung am 26. Oktober 2017 endberaten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung

SPD: Ablehnung

FREIE WÄHLER: Ablehnung

B90/GRÜ: Ablehnung

der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Erwin Huber
Vorsitzender